

# Newsletter

Nr. 11/2023

Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

in Berlin ist nach der Sommerpause der Sitzungsbetrieb wieder in vollem Gange.

In dieser Woche hat die Ampelregierung erneut an zwei entscheidenden Stellen eine Chance verpasst.

Sowohl unseren Antrag zum Thema IP-Adressenspeicherung endlich gesetzlich regeln als auch unseren Antrag zur Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie hat die Ampel abgelehnt. Was steckt dahinter? Hinsichtlich der Speicherung von IP-Adressen - mit der schwere Straftaten wie etwa Kinderpornografie aufgedeckt werden können - hat der EuGH in einem Urteil einen Rechtsrahmen gesetzt. Die Bundesregierung könnte nun handeln und ein Gesetz in den Grenzen dieses Rechtsrahmens verabschieden. Damit wären den Sicherheitsbehörden entscheidende Ermittlungsinstrumente in die Hand gegeben und es wäre ein großer Schritt gegangen zum Schutz der Kinder gegen Missbrauch und zum Kampf gegen Kinderpornografie. Es ist traurig, dass in Sachen Kinderschutz nur große Worte gemacht werden, aber keine Taten folgen.

Unsere Gastronomie braucht dringend unsere Unterstützung! Ende des Jahres läuft die Regelung zur reduzierten Mehrwertsteuer aus, wir fordern die Regierung seit langem auf, hier tätig zu werden und diese Regelung zu verlängern. Leider ohne Erfolg. Es geht nicht nur um finanzielle Unterstützung für die Betriebe, sondern auch um die Erhaltung eines wichtigen Kulturgutes und letzten Endes den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Wenn wir keine Cafés, Kneipen, Gaststätten und Hotels mehr haben, geht viel verloren.

Für mich ist heute ein kleines Jubiläum. Vor genau zehn Jahren, am 22.09.2013, wurde ich das erste Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Es war eine lange und spannende Wahlnacht, ich kann mich noch gut daran erinnern, wie es war, als feststand, dass ich tatsächlich in den Deutschen Bundestag gewählt worden bin. Ich bin immer noch sehr dankbar dafür, mich als Abgeordnete für die Menschen in meiner Heimat einsetzen zu können, und bin vor allem dankbar für die vielen Erfahrungen der letzten zehn Jahre. Mehr dazu erfahren Sie im nächsten Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!

Jha  
Nina Warken

## Weltkindertag – „Jedes Kind braucht eine Zukunft.“



Der diesjährige Weltkindertag am 20. September 2023 fand unter dem Motto „Jedes Kind braucht eine Zukunft.“ statt.

Auch vor unseren Jüngsten machen aktuelle Krisen nicht Halt. Alarmierende Bildungsstudien zeigen: Deutschland hinkt im internationalen Bildungsvergleich besorgniserregend zurück und ein großer Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg besteht nach wie vor.

Das derzeitige Betreuungs- und Bildungssystem ist – auch aufgrund des akuten Fachkräftemangels – nicht in der Lage, solche Defizite aufzufangen.

Die Bundesregierung hält ihr Versprechen für „Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung“ also nicht ein!

Deshalb haben wir als CDU/CSU-Fraktion diese Woche die Bundesregierung im Bundestag dazu aufgefordert, ein Kinderzukunftsprogramm zu starten. Bildung und soziale Infrastruktur sind der Schlüssel für bessere Chancen und nicht mehr Geld über Transferleistungen.

Pünktlich zum Weltkindertag stehen wir für unsere Jüngsten ein. Denn jedes Kind braucht eine Zukunft!!!

Zu der Zukunft unserer Kinder gehört auch deren Schutz und Sicherheit, und zwar gerade auch im digitalen Raum. Wir haben die Bundesregierung deshalb ebenfalls diese Woche dazu aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den vom Europäischen Gerichtshof eingeräumten gesetzgeberischen Spielraum der befristeten, allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung von IP-Adressen zur Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie umsetzt.

Denn jedes Kind braucht eine Zukunft!!!

## Mein neuer WhatsApp-Broadcast!

Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwaud-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88**. Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!



## Betriebsbesuchstag mit der Handwerkskammer Heilbronn-Franken



Bildquelle: Handwerkskammer Heilbronn-Franken

Gemeinsam mit Ulrich Bopp, dem Präsidenten, und Ralf Schnörr, dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Heilbronn-Franken, sowie Angelika Gold, Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft im Main-Tauber-Kreis, war ich bei Friseurmeister Volker Baumann in Tauberbischofsheim zu Gast. Themen des Gesprächs waren unter anderem die Corona-Soforthilfen, der Mindestlohn und die weiter zunehmende Bürokratie. Der Friseurmeister freute sich über den Besuch, nahm aber kein Blatt vor den Mund und schilderte seine Sorgen und Nöte.

Diesem Gespräch folgte ein Besuch bei ZEITWERK-Design, einem jungen Unternehmen in Tauberbischofsheim. Vielen Dank an Inhaber und Schreinermeister Daniel Zeitler für den interessanten Austausch.

Das Handwerk bildet mit seinen vorwiegend kleinen und mittleren Betrieben das Kernstück der deutschen Wirtschaft. Als Arbeitgeber, Ausbilder und Wirtschaftsmotor trägt es entscheidend zur Sicherung des Wohlstands und der Entwicklung der Gesellschaft bei. Daher ist mir der regelmäßige Austausch mit Handwerkern bei uns in der Region überaus wichtig.

## Bundesförderung für Projekte in Buchen und Obrigheim



Bildquelle: AWN

In der vergangenen Woche habe ich zwei Projekte besucht, die eine Bundesförderung aus der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erhalten haben.

Ein großes Projekt mit einem Umfang von 1,5 Mio. Euro bei einer Fördersumme von mehr als 700.000 Euro setzt derzeit die AWN auf der Deponie Sansenhecken um. Hier werden die vorhandenen Gasbrunnen, das Rohrleitungsnetz und die Gasregelstationen umfangreich modernisiert und technisch aufgerüstet. Interessante Details hat der SWR in einem Beitrag dargestellt.

(ARD Mediathek <https://www.ard-mediathek.de/video/Y3JpZDovL3N-3ci5kZS9hZXgvbzE5MjEwNDU> im Zeitfenster von 16.45 bis 18.20 min)

Beim zweiten Projekt, der Grüngutanlage in Obrigheim, belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 600.000 Euro, die Höhe der Fördersumme beträgt 200.000 Euro. Der Bau der Anlage hat bereits im August begonnen und soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Der Einladung von Bürgermeister Achim Walter zur Eröffnung des fertigen Grüngutplatzes komme ich sehr gerne nach.



Bildquelle: Gemeinde Obrigheim

Beide Projekte wirken sich positiv auf den Klimaschutz aus, steigern darüber hinaus aber auch die Lebensqualität vor Ort. In den Kommunen schlummern noch erhebliche Potenziale zur Reduzierung der Treibhausgase.

## Restaurantbesuche müssen bezahlbar bleiben



In dieser Sitzungswoche hat der Bundestag über das Thema reduzierte Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie beraten und abgestimmt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Er sieht vor, den Mehrwertsteuersatz über das Jahresende hinaus bei sieben Prozent zu belassen, um unsere Gastronomie vor weiteren Belastungen zu schützen. Die Ampelkoalition hat unseren Antrag abgelehnt.

## Folgen Sie mir auch auf...

## Krankenhauskongress der CDU/CSU-Fraktion



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/  
Michael Wittig

Wie geht es unseren Krankenhäusern in Zeiten der Energiekrise und wie wird es ihnen in Zukunft gehen?

Beim Krankenhauskongress der @cdusubt haben wir darüber gesprochen- mit Landesministern, Vertretern der Kommunen und natürlich der Kliniken.

Den großen Protest in dieser Woche in Berlin haben wir sehr wohl gehört- er zeigt, dass Unsicherheit und Sorge besteht, zu Recht! Die Krankenhäuser brauchen unsere Hilfe: eine große Krankenhausreform steht an, das Krankenhausstranzparenz wurde im Kabinett verabschiedet und Personalknappheit, Investitionsstau, Geldmangel sind leider viel zu oft Alltag in unseren Krankenhäusern.

Es braucht jetzt Lösungen, es braucht jetzt Unterstützung, bevor weitere Häuser schließen müssen!

## #kurz notiert

### Überarbeitung der EU-Führerscheinrichtlinie

Die Europäische Kommission hat im Frühjahr ihren Vorschlag für die Reform der Führerscheinrichtlinie vorgelegt. Ziel ist u. a. die Einführung eines EU-weit gültigen digitalen Führerscheins.

Die zuständige Berichtsteratterin Karima Delli (Grüne/FR) hat jetzt einen völlig realitätsfernen und autofeindlichen Entwurf vorgelegt. CDU und CSU tragen diesen Vorschlag nicht mit und werden sich in der Beratung der Reform für kluge, sinnvolle Lösungen einsetzen.

Mehr zu diesem Thema finden Sie hier:

<https://www.cduscu.eu/artikel/gieseke-gruener-verbots-unsinn-bei-reform-der-fuehrerschein-richtlinie>



 **NINA WARKEN**

## Praktikantin Sophie Schneider



In den letzten zwei Septemberwochen begleitet mich Praktikantin Sophie Schneider aus Tauberbischofsheim. Die Studentin der Sozialwissenschaften gewinnt einen Eindruck in meinen Alltag in Berlin, bestehend aus Ausschuss- und Plenarsitzungen, Diskussionsrunden, sowie Gesprächen mit Sachverständigen, aktuell besonders zum Thema Sexkaufverbot.

Als Teilnehmerin des Praktikantenprogramms der Unionsfraktion bekommt die Studentin zudem einen erweiterten Einblick in das politische Berlin. Neben Besichtigungen des Bundeskanzleramts, des Abgeordnetenhauses Berlin sowie einer Live-Sendung des ZDF-Morgenmagazins, kommt sie bei Fragerunden mit Kollegen wie Philipp Amthor und Patricia Lips ins Gespräch.

Sophie bringt sich neben alltäglichen Büroarbeiten vor allem im Bereich Social Media mit ein.

Folgen Sie mir auch auf...

## Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen



Bildquelle: Shutterstock

Beim Versuch der Einführung einer so genannten „Kindergrundsicherung“ beschäftigt sich die Ampel-Koalition mehr mit sich selbst als mit der Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder. Wir hingegen legen ein Kinderzukunftsprogramm vor, das sich an der Lebenswirklichkeit der Familien orientiert und in die Bildungsinfrastruktur investiert. Wir fordern praktische Hilfen, damit sich alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern entwickeln können. Besonders wichtig ist dazu: die Frühen Hilfen zu stärken, eine bundesweit einheitliche Diagnostik des Entwicklungsstands von Kindern im Alter von drei bis vier Jahren und eine verpflichtende Vorschulförderung bei Förderbedarf einzuführen. Außerdem wollen wir, dass Familien Zeit mit ihren Kindern und nicht mit komplexen Verwaltungsverfahren verbringen.

## IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen



Bildquelle: Shutterstock

In seinem Urteil vom 20. September 2022 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass das Unionsrecht einer befristeten, allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung von IP-Adressen nicht entgegensteht. Die IP-Adresse ist gerade im Bereich der Kinderpornografie im Internet oft der einzige Ansatz für Ermittlungen. Über die IP-Adresse, die dem Computer beim Surfen im Internet vom Provider zugewiesen wird, können Täter identifiziert werden. Die Telekommunikationsunternehmen speichern diese Daten zurzeit allerdings unterschiedlich lange, manche speichern gar nicht. Ohne diese Daten führen die Ermittlungen nicht selten ins Leere. Die Verwendung der Verkehrsdaten führt allein zu der Auskunft, welcher Anschlussinhaber unter einer den Sicherheitsbehörden bereits bekannten IP-Adresse zu einem bestimmten Zeitpunkt im Internet angemeldet war.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den vom Europäischen Gerichtshof eingeräumten gesetzgeberischen Spielraum zur Speicherung von IP-Adressen zur Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie umsetzt. Dabei muss insbesondere eine praxistaugliche Regelung zur Speicherung von Portnummern getroffen werden, damit digitale Tatortspuren dem Verursacher sicher zugeordnet werden können. Die Speicherdauer sollte sechs Monate betragen.

## Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen



Bildquelle: Shutterstock

Die Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Faeser darf die Migrationslage in Deutschland nicht länger ignorieren. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es jetzt effektiver Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. Denn für uns gilt weiterhin: Humanität und Ordnung sind zwei Seiten einer Medaille.

Als Sofortmaßnahmen auf nationaler Ebene fordern wir insbesondere die Einführung von lageangepassten Grenzkontrollen auch an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wollen wir um Georgien, Moldau, Indien sowie um die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien erweitern. Mit den relevanten Herkunftsstaaten müssen schnell

wirksame Vereinbarungen über die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen abgeschlossen werden. Auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die besonders betroffenen EU-Außengrenzstaaten besser unterstützt werden und von der EU die nötigen finanziellen Mittel für einen wirksamen Grenzschutz und die Errichtung der erforderlichen Infrastruktur erhalten. In den weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dürfen gegenüber dem gefundenen Kompromiss keine weiteren Abstriche gemacht werden. Zudem brauchen wir die Möglichkeit, Asylverfahren uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten durchzuführen.

## Folgen Sie mir auch auf...

# Fotogalerie



**Besuch Eckenberg-Gymnasium  
Adelsheim**



**Krankenhaus-Demo Berlin**



**Verbändeabend der  
CDU/CSU-Fraktion**



**Klausurtagung der Fachkommission  
Sicherheit der CDU Deutschlands**



**Bundesdelegiertentag der Frauen Union**



Bildquelle: LogBtl461

**Abschreiten der Front  
beim feierlichen Gelöbnis des  
Logistikbataillons Walldürn**



**Eröffnung der Königshöfer Messe**



**Großer Markt in Kilsheim  
mit Ehrengast Manuel Hagel**

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de), Internet: [nina-warken.de](http://nina-warken.de)

## IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).  
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.  
Erstellung&Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.  
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)